

Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 10 Goldpfennig

Das Volksblatt für Stadt und Land

Belegnummer 10 Goldpf.

Erscheinungstage: Der Bezugspreis beträgt für die Zeit v. 1. 10. 23. September 0,30 Goldmark. — Anzeigerpreis 20 bis 40 Pfennig. — Druckerei: Die 10-pfennige Zeitungsdruckerei, Postfach 10, 41000 Essen, Westfalen. — Druckerei: Die 10-pfennige Zeitungsdruckerei, Postfach 10, 41000 Essen, Westfalen.

Redaktions-Gebühren
Deutzen 450

Pro fide
et patria

Geschäftsstellen-Gebühren
Deutzen 458

amtliche Anzeigen 0,20 Goldmark. Reklamemittel 0,40 Goldmark. Sonstige Anzeigen werden nur zum Tagespreis berechnet. Redaktion und Geschäftsstelle Deutzen O.-S., Pfleferstraße 9

Frankreich gegen die sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.

Völkerbundsrat und Oberschlesien. — Abschluß der Ruhrleihe.

Neueste Nachrichten.

Dem Professor der Chemie der Universität Liverpool Dr. Vahl ist es gelungen, mit Hilfe ultravioletten Lichtes auf rein chemischem Wege Zucker herzustellen.

Der ägyptische Ministerpräsident Ragui Pascha ist gestern nachmittag von Paris kommend in Kairo den eingetroffen.

Man ist in Genf der Auffassung, daß im Januar eine außerordentliche Tagung des Völkerbunds stattfinden, deren ausschließliches Aufgabebereich die Entscheidung über die Aufnahme Deutschlands, der Türkei und anderer Staaten, die bis dahin einer Aufnahmeentscheidung gesehrt haben, zu treffen.

Die Wollische Zeitung erfährt, daß die durch die Wollische Kohlenpreiserhöhung, die am 23. September von einer Kommission des Ruhrgebietes beschlossen werden soll, 12 bis 15 Prozent betragen dürfte.

Wegen der ungünstigen Wetterlage ist die große Herbst des 3. N. 3 einstellend auf Donnerstag verschoben worden.

Der Unentschiedel des Reichstagsauschusses ist mit der Unvorsichtsprage beschäftigt, indem sie keine Beratungen wieder auf.

Der Reichstag wird am 15. Oktober wieder zur Wollung zusammenkommen, über eine Entscheidung des auswärtigen Ausschusses ist nichts endgültig bekannt. Sie müssen erst die Reichstagsberatungen und die dann folgenden Reichstagsberatungen mit der Reichstagsberatung abgemacht werden, eine Entscheidung darüber getroffen werden kann, ob die Entscheidung des auswärtigen Ausschusses notwendig ist.

Die Gazeta Ufficiala veröffentlicht eine Verordnung der Regierung, durch die der internationalistische Freundschaftsvertrag in Kraft gesetzt wird.

Zum Wahlsieg des Zentrums in Oberschlesien.

Spitzenkandidat Domherr Ullzka.

Bei den allm. Nachwahlen war die Wahlteilnahme aus diesmal geringer, als bei den Hauptwahlen im Mai. Aber die Größe des Stimmenverlustes war bei den einzelnen Parteien



noch erheblich verschieden. Während die extreme Parteien Kommunisten und Deutschpolen, fast die Hälfte ihrer Stimmen einbüßten, verlor das Zentrum nur 3 Prozent.

Frankreich gegen die sofortige Zulassung Deutschlands als Zucht vor der Annullierung der oberchlesischen Frage.

Paris, 24. September. (L. U.) Heute abend läßt sich an Hand allgemeiner Informationen sagen, daß Frankreich einem sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht zustimmen wird. Für die ablehnende Haltung der französischen Regierung sind verschiedene Gründe maßgebend. Als einen der wichtigsten läßt man heute den geltenden, wonach Deutschland die Abhängigkeitsfrage noch nicht erfüllt habe. Auf französischer Seite besteht die Ansicht, sich einer Ablosung der internationalen Kontrollkommission durch einen Organismus des Völkerbundes vor der erfolgreichen Durchführung der Kontrollfähigkeit, die noch drei Monate dauern soll, zu widersetzen. Lieber die hierhergehenden Gründe, die für die Entlassung des Pariser Komitees maßgebend sind, läßt sich die Presse in den amerikanischen Medien nicht hören. Das Journal des Debats hat sich, daß Deutschland, wenn ihm ein fester Sitz im Völkerbundsrat zur Verfügung

gestellt würde, die Gelegenheit wahrnehmen werde, eine Revision des Verfallenen Vertrages herbeizuführen. Wenn Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrat erhalte, so hätte es sich damit die Stellung einer europäischen Großmacht wieder verschafft, da es in die Lage gesetzt wird, in sämtlichen wichtigen Fragen einzugreifen und seinen Einfluß zur Verteidigung seiner Interessen aufzuwenden.

Beide Wähler versuchen nachzuweisen, daß, wenn Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrat erhalte, Polen seinerseits einen Vertreter im Rat beanspruchen könne. Es dürfte sonst der Fall eintreten, daß Deutschland die oberchlesische Frage wieder aufzurollen versucht, ohne daß sich jemand der Interessen Polens annahmen könne.

Die Bedingungen Deutschlands.

1. Einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat.
2. Kein neues Bekenntnis zur Kriegsschuld.
3. Teilnahme an der militärischen Kontrollkommission des Völkerbundes.
4. Abklärung auch der übrigen Mächte.

Berlin, 23. September. (L. U.) Amlich wird gemeldet: Unter dem Vorhild des Reichspräsidenten wurde heute ein Ministerrat abgehalten. Nach eingehender Erörterung der Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund ergab sich einstimmig darüber, daß die Reichsregierung den Beitritt Deutschlands in den Völkerbund, aus dem sie besteht. Sie geht dabei von den Fragen insbesondere vom Völkerbund behandeln. Die Regelung des Schutzes der Minderheit, die Frage der allgemeinen Abklärung in Verbindung mit der Durchführung der Militärkontrolle, sowie die ihrer Durchführung harrende große Frage der Sicherheit friedlichen Zusammenarbeitens der Völker, nur unter

Mitwirkung Deutschlands in befriedigender Weise geregelt werden können. Selbstverständlich kann Deutschlands Mitwirkung nur die einer gleichberechtigten Partnerschaft sein. Nachdem die auf der Londoner Konferenz erzielte Lösung der Reparationsfrage nach Auffassung der hauptsächlich beteiligten Mächte den Weg zu einer aktiven Behandlung der Frage des Beitritts Deutschlands in den Völkerbund für die Reichsregierung eröffnet hatte, sind im Völkerbundsrat die Besprechungen und die Verhandlungen in diesem Sinne aufgenommen worden. Das Ergebnis dieser Beratungen bildet eine wesentliche Grundlage für die heutige Entscheidung der Reichsregierung. In Ausführung dieser Entscheidung wird die Reichsregierung durch das auswärtige Amt bei den im Völkerbundsrat vertretenen Mächten absehend feststellen, ob die für die Stellung des deutschen Antrages erforderlichen Garantien, die sich sowohl auf Deutschlands Stellung im Völkerbund wie auf bestimmte andere hiermit untrennbar zusammenhängende Fragen beziehen, gewährleistet sind.

Ein sofortiges Aufnahmegeruch völlig verfehlt.

Genf, 24. Sept. Der Beschluß der Reichsregierung zur Frage des deutschen Beitritts in den Völkerbund, der hier mit großer Spannung erwartet worden war, wurde von allen Delegationen günstig beurteilt. Von mancher Seite wird erklärt, daß der französischen Delegation gestattete Meinung die von der Reichsregierung getragene Meinung sei, eine richtige unter den gegebenen Umständen sei. In der gegenwärtigen Phase der Völkerbundsversammlung ein Aufnahmegeruch völlig verfehlt gewesen wäre. Es sei nicht ausgeschlossen, daß vor der nächsten Völkerbundsversammlung in absehbarer Zeit eine außerordentliche Versammlung sich mit der Aufnahme Deutschlands befassen könne.

Nansen sondiert die Franzosen. — Brand der Sekundant Perriots.

Paris, 24. September. (L. U.) Nach einer Haasmedung aus Genf, hat Nansen die französische Delegation umgeben. Sie erfolgte im Besonderen die Unterredung der Delegierten. Nansen erklärte, daß er von einer Reihe von Abordnungen aller Staaten beauftragt worden sei, sich über die Haltung der französischen Delegation für den Fall einzuholen, daß Deutschland einen Antrag um Aufnahme in den Völkerbund stellen würde. Brand hat namens der französischen Delegation erklärt, daß die Frage in erster Linie die Angelegenheit sei. Er hat kein Bedenken darüber, daß in dieser Angelegenheit nur die Angelegenheit der französischen Delegation zu entscheiden wäre. Ohne Zweifel werde dieser Frage vorzuziehen zu wollen, für

bestehen, den Standpunkt, den Herriot am 5. September 1924 vor dem Völkerbund auszusprechen. Er habe zu ändern, wonach die Aufnahme Deutschlands unter den Bedingungen, die er vorgeschlagen habe, und weder Vorzugs- noch Ausnahmeverhandlungen zugetrieben werden könnten. Die französische Delegation machte geltend, daß eine Bewerbung Deutschlands um Aufnahme bei dem gegenwärtig vorgelegten Stand der Arbeiten des Völkerbundes wegen mangelnder Zeit wohl kaum zu einem Erfolge führen würde. Wie der Haasvertreter zu melden weiß, habe sich Nansen nach der Unterredung weniger gütlich über die unmittelbare Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund geäußert.

Seld gegen den Beitritt Deutschlands.

München, 23. Sept. Auf einer Versammlung des bayerischen Bauernvereins in Tantenhausen hielt Ministerpräsident Dr. Seld eine längere Rede. Er sagte, man habe über die politische Lage. Heute würde man das deutsche Volk mit dem Völkerbund retten. Ich sehe auf dem Standpunkt: Jetzt kann das deutsche Volk nicht in den Völkerbund eintreten.

Es würde damit seine Ehre und sein Recht aufgeben. Warum sollen wir dummer sein als Amerika? Warum geht Amerika nicht in den Völkerbund? Der Eintritt in den Völkerbund lehne ich im Einklang mit meinen Freunden in der Regierung im gegenwärtigen Augenblick ab. Es geht nicht an, daß der Reichstag oder das Reichskabinett über diese Frage allein entscheiden kann. Hierzu müssen auch die einzelnen Länder gebildet werden. (Stimmlicher Beifall). Der unmittelbare Beitritt Deutschlands zum Völkerbund durch eine Proklamation des deutschen Reichstages, die die Kriegsschuldfrage aufgerollt wurde, darf es heute keinen Halt mehr geben. Jetzt heißt es konse-

quent sein. Wer T. sagt, muß auch B. sagen, sonst verliert er den Respekt im Ausland und schafft neue Bedenken im Inlande. Ich sehe auf dem Standpunkte, unter allen Umständen muß im Ausland die Kriegsschuldfrage nichtifiziert werden.

Württemberg für eine Ministerpräsidenten-Zusammenkunft.

Stuttgart, 24. Sept. Wie die U. erfährt, hat sich die württembergische Staatsregierung dieser Tage an die Reichsregierung mit dem Ersuchen gewandt: Sie gehe davon aus, daß vor einer endgültigen Entscheidung über den Eintritt in den Völkerbund und über die Behandlung der Kriegsschuldfrage die Länderregierungen von der Reichsregierung gehört werden.

Die oberchlesische Nachwahl am 21. September.

Von Kanonikus Ullzka, M. d. R. Bei der oberchlesischen Nachwahl am 21. September traten 12 Parteien auf, also 3 mehr als bei der Hauptwahl. Diese drei neuen Parteien brachten 12 854 Stimmen auf. Die alten neun Parteien des 4. Mai erhielten demgegenüber nur noch 42 162 Stimmen, also 170 553 weniger. Keine einzige von ihnen hat ihren alten Bestand absolut gehalten; den stärksten Verlust erlitten die Kommunisten, welche 41 v. S. ihrer Wählerchaft einbüßten. An zweiter Stelle stehen die Polen mit 25 Prozent Verlust, dann die Mehrheitssozialisten mit 24,8 Prozent, die Deutschnationalen mit 19,8 Prozent Stimmenrückgang. Demgegenüber steht das Zentrum mit einem Rückgang von nur 3,5 v. S. als unerwarteteres Bollwerk da.

Die Wahlbeteiligung betrug 59,6 v. S., was gegenüber der vom 4. Mai eine Minderung von 14,7 Prozent bedeutet. Rechnet man das Wahlergebnis vom Sonntag auf den Haupttag vom Mai um, so ergibt sich, daß das Zentrum die einzige Partei ist, welche einen Gewinn zu buchen hat.

Zur Würdigung des Wahlergebnisses ist hervorzuheben, daß die Kommunisten 53 400 Stimmen gegenüber dem 4. Mai eingebüßt haben. Das ist wohl das erfreulichste Ergebnis dieser Wahl. Es hat sich gezeigt, daß die Sozialdemokraten der kommunistischen Stimmen am 4. Mai nicht eine Zunahme der Anhängerschaft des Kommunismus bezeugte, sondern der Ausdruck augenblicklicher Verwirrung und Verhehlung war, die besonders in der Arbeitererschaft infolge der unermesslichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter an Boden gewonnen hatte.

Das Wahlergebnis hat einen weiteren Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen gebracht. Es wird immer klarer, daß der Kommunismus die Erbschaft der Sozialdemokratie in Oberschlesien in vollem Umfange angetreten hat. Nachdem die Sozialdemokraten in der Regierung gekommen sind und auch für die wirtschaftliche Bemunft und Ordnung sich eingesetzt haben, hat die stark radikal eingestellte Arbeitererschaft Oberschlesiens in ihre Verwirrung mehr gefunden.

Die Deutschnationalen, die infolge ihrer Opposition gegen die Politik der Regierung, welche mit allen erdenklichen Mitteln insbesondere mit dem Aufwand strafbelloster Agitation propagiert hat, hatte am 4. Mai einen außergewöhnlichen Stimmenzuwachs erhalten. Nachdem sie durch ihre Abhängigkeit an dem bedauerlichen Freitag, am 28. August, ihre eigene bisherige Haltung in Blamabel